



## Kirchliches Sonderarbeitsrecht abschalten



*Gesundheit, Soziale Dienste,  
Wohlfahrt und Kirchen*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**



### Appell für mehr Menschlichkeit

Bielefeld besitzt mit den evangelischen v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, dem Johanneswerk, Diakonieverband und der Stiftung Ummeln sowie Einrichtungen von AWO, DRK und der Gesellschaft für Sozialarbeit eine für Großstädte bundesweit einmalige Vielfalt und Dichte von Einrichtungen und Diensten des Sozial- und Gesundheitswesens. Bielefeld wird von manchen daher auch als »Hauptstadt der Diakonie« bezeichnet. Mehr als 13.500 der Beschäftigten arbeiten in der Pflege und Betreuung von alten, behinderten und psychisch kranken Menschen. Die Betriebsräte und Mitarbeitendenvertretungen aus diesen Bielefelder Einrichtungen und Diensten beklagen in einem Appell – für den sie bundesweit Unterstützung durch MAV'en, Betriebsräte, Verbände und Organisationen suchen – die zunehmende Arbeitsverdichtung in Pflege, Betreuung und Begleitung.

Misstände in Kliniken, ambulanten Diensten und Heimen – insbesondere Altenheimen – erreichen seit Jahren immer wieder die Öffentlichkeit. Patient/innen und Angehörige beklagen sich über nicht ausreichende Betreuung.

Die Personalschlüssel werden in den Einrichtungen immer schlechter. Stationen und Wohngruppen sind immer häufiger unterbesetzt. Die Mitarbeitenden klagen zunehmend über Arbeitsdruck und werden öfter krank. Diese Zustandsbeschreibung wird durch die Gesundheitsberichte der Krankenkassen gestützt: Krankenpflegehelfer/innen – die häufig zu abgesenkten Löhnen arbeiten – sind 50 Prozent länger krankgeschrieben, als der Bundesdurchschnitt der Arbeitnehmer/innen in Deutschland. Psychische Erkrankungen haben überdurchschnittlich zugenommen. Diese Angaben gehen z.B. aus den Berichten der Betriebskrankenkassen hervor (BKK, 2011). »In der Altenhilfe wird schon seit Jahren unter schwierigsten Umständen gearbeitet, Kolleg/innen müssen häufig aus dem Freieinspringen«, berichten die Interessenvertretungen aus ihrer Praxis. Diese Entwicklung hat vor 20 Jahren begonnen und inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass die gewählten Interessenvertretungen immer häufiger mit den Auswirkungen psychischer Belastungen in ihrer Arbeit konfrontiert werden.

Es besteht ein grundsätzliches Problem in einer sich immer weiter verschärfenden Krise aller Einrichtungen der Pflege, Betreuung und Begleitung. Die Entwicklung hat auch gesellschaftspolitische Gründe. Dies betrifft besonders die Frage, wie viel es unserer Gesellschaft wert ist, dass alte, kranke und behinderte Menschen menschenwürdig gepflegt, betreut und

begleitet werden (können). »Die Beschäftigten in der Pflege brauchen Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, eine tarifliche Bezahlung und geregelte Arbeitsbedingungen und bestimmt nicht den Druck durch chronische Unterbesetzung, Lohndumping und prekäre Arbeitssituationen«, sagte Annelie Buntenbach, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands bei der Veröffentlichung des Appells.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat in seinen Übersichten zu den Brutto-Gehältern in Deutschland etwa festgestellt, dass das durchschnittliche Gehalt für Technikerberufe (2011) um etwa 30 Prozent über dem von Pflegeberufen (2012) mit 2360 Euro liegt. Techniker erhalten damit durchschnittlich etwa 800 Euro mehr – nach einer vergleichbaren Ausbildungszeit (Öz u.a. 2011, Bispinck u.a., 2012). Interessant ist dieser Vergleich auch vor dem Hintergrund, dass in Pflegeberufen 60 bis 80 Prozent Frauen beschäftigt sind, während Techniker vorwiegend Männer sind. Dies belegt u.a. auch die geringe Wertschätzung, die der Arbeit mit Menschen und insbesondere der Betreuung und Pflege der Alten in unserer Gesellschaft entgegengebracht wird. Andere Gesellschaften verehren die Alten als weise und lebenserfahrene Menschen, während bei uns die Billigunterbringung in osteuropäischen Ländern erwogen wird.

Die Bielefelder Betriebsräte und Mitarbeitendenvertretungen machen mit ihrem Appell darauf aufmerksam, dass die Pflege und Betreuung insgesamt in Gefahr sind: Mitarbeitende sind durch die Arbeitsverdichtung am Rande ihrer Kräfte und betroffene Menschen zunehmend eingeschränkt in der Wahrnehmung ihrer Selbständigkeit und ihrer Rechte, die ihnen beispielsweise aufgrund der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen auch durch die Bundesregierung zugebilligt wurden.

Die Interessenvertretungen stellen in ihrer Analyse die Frage: Welche Prioritäten setzt unsere Gesellschaft? Wie viel ist uns die Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken, sozial geschwächten und behinderten Menschen wert?

Seit Jahren stellt die bundesdeutsche Politik die Weichen so, dass die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Das ist eine Politik, die ihre Prioritäten nicht in die Rettung »notleidender Menschen« und eine menschenwürdige Pflege setzt, sondern immer wieder Milliarden in die Rettung »notleidender Banken« investiert. Die Interessenvertretungen appellieren, diese Schieflage zu verändern: Denn es muss wieder der Mensch im Mittelpunkt stehen, nicht das Geld.



Initiatoren Bielefelder Appell, u.a. mit Annelie Buntenbach, DGB Bundesvorstand

Foto: WESTFALEN BLATT

Bei allen kritischen Fragen im Einzelfall können Begleitung, Betreuung und Pflege insgesamt nicht nach ökonomischen Kriterien und nicht nach Modellen des Wettbewerbs ausgerichtet werden. Hier geht es um soziale Leistungen von Mensch zu Mensch – um eine gesellschaftliche Aufgabe, finanziert von der Gemeinschaft.

Die Mitarbeitenden sowie Patient/innen, Klient/innen und ihre Angehörigen baden diese grundsätzlichen Probleme der Ökonomisierung des Sozialen besonders in der letzten Dekade aus. Letztlich aber wird irgendwann jede und jeder einmal von dieser Pflege oder Betreuung abhängig sein – im Krankenhaus oder im Altenheim.

Der Bielefelder Appell wird bereits von etwa 100 Verbänden unterstützt. Z.B. durch das Bündnis für Gute Pflege, das von namhaften Organisationen wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, AWO, DRK, Diakonie und Caritas über den SoVD und VdK bis zum DGB und ver.di getragen wird, sowie durch Gewerkschaften, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, den Deutschen Berufsverband für Altenpflege oder den Verband Psychiatrieerfahrene.

Die Bundeskonferenz der Mitarbeitervertretungen hat bundesweit alle Arbeitsgemeinschaften der MAV'en und Gemeinsamen Ausschüsse aufgefordert, den Appell zu unterstützen.

Die Initiatoren suchen bundesweit weitere Verbände und Organisationen, die den Appell unterstützen, um ihm in der Bundespolitik Gehör zu verschaffen

(mailto: sivus-online@web.de). Im Internet ist der Bielefelder Appell sowie umfangreiches Material unter [www.soltauer-impulse.culturebase.org](http://www.soltauer-impulse.culturebase.org) zu finden.

**Christian Janßen, MAV-Vorsitzender ■**

#### Literatur

Betriebskrankenkassen, Bundesvorstand (BKK)

BKK Gesundheitsreport 2010, Seelische Gesundheit in einer älter werdenden Gesellschaft, Essen, 2010

Betriebskrankenkassen, Bundesvorstand (BKK, 2011e)

BKK Gesundheitsreport 2011, Zukunft der Arbeit, Essen, 2011

Bispinck, R., Dribbusch, H., Öz, F. & Stoll, E.

Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen, Eine Analyse auf Basis der WSI-Lohnspiegel-Datenbank, Arbeitspapier 07/2012

Dahme, H.-J., Kühnlein, G., Stefaniak, A. & Wohlfahrt, N.

Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen: Der »Dritte Weg« zwischen normativem Anspruch und sozialwirtschaftlicher Realität, Abschlussbericht, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2012

Öz, F. & Bispinck, R.

Was verdienen Technikerinnen und Techniker?, Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-Lohnspiegel-Datenbank, Arbeitspapier 02/2009

Zechert Chr.

Steigender Druck, sinkende Motivation. Bielefelder Beschäftigte in Pflege und sozialen Diensten schlagen Alarm, Psycho-soziale Umschau, 2012, 4, 4-5